

**Maria Reese, Ernst Rambow, Helene Fischer und Co. –
Renegatentum, Denunziation und Verratsverhalten in der KPD**

Udo Grashoff: Gefahr von innen. Verrat im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Göttingen: Wallstein Verlag 2021, 471 Seiten, 52 Euro

Peter Erler

In seinem neuen Buch legt der bisher als „Suizidspezialist“ ausgewiesene Historiker Udo Grashoff eine umfassende Systematik und Analyse der verschiedenen Erscheinungsformen und Abstufungen von Verrat durch KPD-Mitglieder während der NS-Diktatur vor. In konsequenter Anknüpfung an die Arbeiten von zum Beispiel Klaus-Michael Mallmann, Wilhelm Mensing und Hans Schafranek setzt er sich darin – auch durch die Thematisierung bisher nicht ausführlich diskutierter Fragestellungen – weiter von der Schwarz-Weiß-Malerei der SED-Historiographie ab, die bezüglich des antifaschistischen Widerstandskampfes nur überhöhte „Lichtgestalten“ oder simplifizierte „Schattengestalten“ kannte. Bei der Festlegung seines Forschungsrahmens und der Berücksichtigung möglichst aller relevanten Spielarten der Preisgabe von Informationen – der Spitzeltätigkeit, der Abtrünnigkeit und des politischen Seitenwechsels – orientiert sich der Autor allerdings am umfassenden und radikalen Verratsverständnis der kommunistischen Parteiführung: „Alles, was die KPD im Verlauf ihres Widerstandskampfes als Verrat bezeichnete, ist Gegenstand dieser Untersuchung.“ Grashoffs eigener Verratsbegriff ist sehr eng gefasst. Er definiert Verrat „im heutigen Verständnis“ und ausschließlich aus der Perspektive des „Täters“ als Bruch eines bestehenden Treueverhältnisses, welcher im Kontext mit einer intentionalen Handlung erfolgen muss. Ob diese Begriffsbestimmung und die daraus abgeleiteten Kategorisierungen die historische Zunft überzeugt oder Anlass für konträre Diskussionen gibt, wird die Zukunft zeigen. Problematisch erscheint dem Rezensenten auch die indirekte Bewertung einzelner „Verrats“-Fälle als minder verwerflich und graduell entschuldbar. Das gilt insbesondere, wenn Personen von Verhöraussagen betroffen waren, deren illegaler Status der Gestapo schon bekannt war, die bereits inhaftiert waren oder sich im Ausland befanden, aber vom Autor nicht aufgezeigt wird, wie sich die konkrete Denunziation letztlich auf ihr weiteres Schicksal ausgewirkt hat.

Chronologisch konzentriert sich Grashoff mit seiner Arbeit auf die 1930er Jahre, was nicht ausschließt, dass er in seinen Ausführungen mitunter auch über das Jahr 1945 hinausgeht. Gleichfalls musste er den geographischen Rahmen seiner Studie einschränken und regionale Schwerpunkte setzen. Hierbei fokussierte er sich auf Sachsen, die Region um Halle, Schlesien und Pommern sowie auf die Großstädte Berlin und Hamburg. „Verratsgeschehnisse“ in Bayern und im Ruhrgebiet werden nur am Rande thematisiert. Ausgeblendet aus seiner Darstellung bleiben das behandelte Thema tangierende Ereignisse und persönliche Entwicklungsprozesse von KPD-Mitgliedern in den Emigrationsländern. Dazu gehören zum Beispiel der Verrats-Topos während des stalinistischen Terrors in der Sowjetunion oder das „Renegatentum“ ehemals kommunistischer Schriftsteller und anderer Intellektueller.

Für sein Forschungsprojekt stellte Grashoff umfangreiche Quellenrecherchen an. Als „hervorragenden“ Ausgangspunkt dienten ihm die Unterlagen der Abteilung IX/11 des MfS. Weitere relevante Aktenbestände fand er hauptsächlich in den Überlieferungen der Gestapo, der KPD, der SED, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und des

ostdeutschen Gerichtswesens. Die Liste der ausgewerteten Buch- und Zeitschriftenpublikation umfasst siebzehn Seiten.

Gegliedert ist die Ausarbeitung in drei Hauptteile und in der zweiten Ebene in zwölf Kapitel. Die inhaltliche Strukturierung resultiert weitestgehend aus der systematischen Analyse von 400 „Verräter“-Biographien und deren Arrangement nach Fallgruppen.

Im ersten Teil seiner Studie untersucht Grashoff die verschiedenen Erscheinungsformen von Verrat („offener und verdeckter Verrat“) im kommunistischen Milieu und hinterfragt insbesondere die mutmaßliche Motivlage der Abtrünnigen. Bezüglich der sogenannten Überläufer nach der Machtübernahme Hitlers geht er davon aus, dass allein 1933 15 bis 20 Prozent der KPD-Mitglieder der Partei den Rücken kehrten und zu „Politischen Opportunisten“ wurden. 50 000 oder ein Sechstel aller Kommunisten in Deutschland sollen zur SA oder zu anderen NS-Organisationen abgewandert sein. In Berlin war mit 20 Prozent der Anteil derjenigen, die die politischen Fronten Richtung Nazi-Organisationen wechselten, besonders hoch. Der Autor wertet dieses massenhafte Phänomen, das auch einzelne kommunistische Funktionäre betraf, als „Reaktion auf eine verlorene historische Schlacht“. Ideologische Gründe haben bei dem Seitenwechsel der zwar zumeist aus dem proletarischen Milieu entstammenden und vielfach weder weltanschaulich gefestigten noch politisch geschulten KPD-Anhängern, kaum eine Rolle gespielt.

Das abtrünnige Verhalten und Wirken der ehemaligen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Maria Reese und Ernst Torgeler sowie des deutsch-jüdischen Ex-Bolschewiken Karl Matthäus Löw qualifiziert Grashoff als „demonstrativen Gesinnungsverrat im Dienste der NS-Propaganda“. Ob letzterer, der eher unter seinem Pseudonym K. I. Albrecht bekannt ist, eventuell ein Einfluss- bzw. Doppelagent der Sowjets¹, also eigentlich gar kein Verräter in seinem Sinne war, lässt er offen.

In zwei Kapiteln befasst sich der Autor mit den verhängnisvollen Verratsaktivitäten technischer Mitarbeiter und Funktionären des Geheimdienstapparates oder AM-Apparates der KPD. Dazu gehörten unter anderem Kasseninstrukteure, Kuriere, Personenschützer, Sekretäre, Schreibkräfte und Waffenobmänner. Vielfach kapitulierten sie gleich unmittelbar nach der Verhaftung und gaben, oft auch ohne misshandelt worden zu sein, umfangreiche Informationen über Kampfgefährten, Waffenverstecke und geheime Aufenthaltsorte preis. Nicht wenige von ihnen kooperierten in der Folgezeit mit den NS-Repressivorganen und ließen sich als Lockspitzel, Vertrauens-Person (V-Mann, V-Frau) und/oder in Justizverfahren als Belastungszeugen einsetzen. Durch dieses ausgeprägte Kollaborationsverhalten konnte die Gestapo in der ersten Hälfte der 1930er Jahre eine Reihe illegaler Territorialorganisationen- und -leitungen der KPD zerschlagen. Aber auch in den Jahren danach wurde das illegale Agieren durch das desaströse Wirken solcher V-Männer wie Alfons Pannek, Ernst Rambow und Adolf Sauter ausgebremst bzw. ganz verhindert und führte zu unzähligen Opfern unter den kommunistischen Widerständlern.

Grashoff charakterisiert die Verratsakteure dieser Fallgruppe – darunter auch Absolventen der Militärpolitischen Schule in Moskau – als „nicht dem Kern der Partei, sondern ihrer Peripherie“ zugehörig. Ihre ungebremste Loyalitätsaufkündigung gegenüber der KPD erklärt er im Wesentlichen mit einer geringen politisch-ideologischen Bindung, aber auch mit Folter und Angst vor Misshandlungen. Eine Rolle spielten auch Versprechungen bezüglich einer Strafminderung und Erpressungen durch die Gestapo.

¹ Peter-Ferdinand Koch: Enttarnt. Doppelagenten: Namen, Fakten, Beweise, Salzburg 2011, S. 57–73.

In einem weiteren Buchabschnitt beschreibt der Autor, wie es der Gestapo mit abtrünnigen Funktionären als Spitzel in Schlesien, Bayern und teilweise auch in Baden-Württemberg gelang, ganze Bezirksführungen zu unterwandern und in ihrem Sinne zu steuern. Insbesondere auch die Ausführungen über die Leitung in Breslau stellen dabei einen bemerkenswerten Beitrag zur weiteren detaillierten Erforschung der KPD-Geschichte in der NS-Zeit dar.

Anhand von Einzelbeispielen geht Grashoff im Folgenden auf Verratsfälle von „Rückkehrern und Rückgeholten zu Beginn des Zweiten Weltkriegs“ ein. Eingehend analysiert er dabei die „massiven Kapitulationserscheinungen“ in der dänischen KPD-Emigration und die Kollaborationsbereitschaft des Kopenhagener Abschnittsleiters Heinrich Wiatrek. Im Zusammenhang mit diesen Geschehnissen verweist er darauf, dass es nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 und den Eroberungsfeldzügen der Wehrmacht 1940/41 unter den exilierten deutschen Kommunisten und ihren Führungskadern in West- und Nordeuropa häufig zu „Tendenzen von Resignation“ gekommen sei. Starke Irritationen rief zudem die Richtlinie der Moskauer KPD-Spitze hervor, die geflüchteten Kommunisten, die mindergefährdet waren, zur Rückkehr nach Nazi-Deutschland aufforderten. Durch solche realitätsfernen Parteibeschlüsse gerieten einfache Genossen wie auch erfahrene Funktionäre in Zwangslagen, die häufig zum Bruch mit der KPD führten. Wie rückkehrbereite Kommunisten sich in dieser für sie äußerst heiklen Situation, die ihnen „eine große taktische Flexibilität“ gegen über der Gestapo abverlangte, verhielten, problematisiert der Autor am Fall des Spanienkämpfers Kurt Laube.

Offen bleibt, warum Grashoff nicht das eventuelle Verratsverhalten der „Rückkehrer und Rückgeholten“ aus der Sowjetunion hinterfragt. Zu dieser Personengruppe gehören zum Beispiel die etwa 150 deutschen und österreichischen Politemigranten – zumeist Kommunisten –, die zwischen Ende 1939 bis Frühjahr 1941 auf Grundlage von deutschen Auslieferungsersuchen aus der NKWD-Haft an das Deutsche Reich übergeben worden sind.² Eine unbekannte Zahl dieser Remigranten hatte sich aufgrund ihrer abschreckenden Erlebnisse im „Vaterland aller Werktätigen“ von ihrer kommunistischen Gesinnung losgesagt und bemüht sich reumütig um die Wiederaufnahme in die „Volksgemeinschaft“ des Heimatlandes. Viele von ihnen konnten nach ausführlichen Aussagen bei der Gestapo über das ehemalige „Gastland“ und die dort verbliebenen KPD-Mitglieder oder kurzer Untersuchungs- und Strafhaft wieder einem normalen Leben nachgehen. Einzelne, die sich zu erbitterten Gegnern des Bolschewismus und seines Staates entwickelt hatten, traten in die Dienste des NS-Regimes. Einer von ihnen war offensichtlich das langjährige KPD-Mitglied und Mitarbeiter des AM-Apparates im Raum Kassel/Frankfurt Heinrich Schulmeyer. 1933 musste er in die Sowjetunion emigrieren, wo er bis zu seiner Verhaftung am 29. August 1937 in seinem Beruf als Mechaniker in Moskauer Betrieben tätig war. Der Ausweisungsbescheid der NKWD-Sonderberatung erteilte ihm mit erfrorenen Füßen im Zwangsarbeitslager Norilsk. Kurz darauf erfolgte im Januar 1941 via Moskauer Butyrka-Gefängnis seine Übergabe in einem Sammeltransport an die Gestapo. Gegenüber der Geheimpolizei erklärte er sich aus freien Stücken bereit, als V-Mann zu wirken, auch bot er sich auch an, ein Buch über seine schrecklichen Erlebnisse in der Sowjetunion zu schreiben. 1944 denunzierte er

² Insgesamt wurden von Dezember 1939 bis Mai 1941 ca. 350 Gefangene an Deutschland übergeben. Bei der Mehrheit der Betroffenen handelte es sich um Wirtschaftsemigranten, Kontraktarbeiter, Spezialisten, bereits vor der Oktoberrevolution in Russland lebende Reichsdeutsche und ehemalige Kriegsgefangene.

acht seiner Arbeitskollegen im Schleifmaschinenwerk „Naxos-Union“ in Frankfurt am Main, wofür er 1949 in einem Spruchkammerverfahren verurteilt wurde.³

Den „demonstrativen Gesinnungsverrätern“ ist der ehemalige Schutzbündler und KPÖ-Unterstützer Kajetan Klug zuzurechnen. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion im Juli 1941 stellte er seine publizistischen und agitatorischen Fähigkeiten in den Dienst der NSDAP. So erschien unter seinem Namen das in massenhafter Auflage gedruckte, streckenweise antisemitische Pamphlet „Die größte Sklaverei der Weltgeschichte. Tatsachenbericht aus den Strafgebieten der GPU“.⁴

Ein weiterer Verratsfall aus den Reihen der „Russlandrückkehrer“ betrifft den Sohn des ehemaligen Vorsitzenden der KPD-Fraktion im Reichstag Ernst Torgler. Der Jungkommunist Kurt Torgler gelangte im Oktober 1935 aus Paris nach Moskau und wählte sich dort zunächst in Sicherheit. Am 27. Dezember 1937 verurteilte ihn die stalinistische Terrorjustiz als Mitglied einer fiktiven Gruppe „Hitlerjugend“ zu zehn Jahren „Besserungsarbeitslager“. Auf Bitten des Vaters setzte das Auswärtige Amt auch ihn auf die Liste mit deutschen Staatsbürgern, deren Freilassung und Übergabe erwirkt werden sollte. Im April 1940 traf er dann mit 31 weiteren Leidensgefährten in Deutschland ein. Nach seiner Rückkehr übte er an der Seite seines Vaters zunächst eine Tätigkeit im Reichspropagandaministerium aus. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 diente er als Dolmetscher bei der Geheimen Feldpolizei und war an der Partisanenbekämpfung beteiligt. In Anknüpfung an eigene leidvolle Erfahrungen beim NKWD soll er aktiv in Vernehmungen eingegriffen und selbst die von ihm durchlittenen Verhörmethoden und -praktiken angewandt haben. Er fiel bei einer Vergeltungsaktion der Partisanen im Jahre 1943.⁵

Im zweiten Teil seiner Monographie untersucht Grashoff die ambivalente Dimension verschiedener konkreter Verrats- bzw. Teilverratsvarianten, beleuchtet diverse Grenzfälle und lotet die Handlungsspielräume der Betroffenen aus. Er beschreibt, wie verhaftete illegale Kommunisten durch Folter zur Kollaboration gezwungen wurden, aber auch wie sie versuchten, durch gezielt selektives Aussageverhalten, das Widerrufen von Geständnissen, Lavieren, scheinbare und temporäre Zusammenarbeit mit der Gestapo sowie durch changierendes Verhalten ihren eigenen Kopf zu retten und/oder unter den Bedingungen der Untersuchungshaft weiterhin im Sinne der Partei zu agieren. Unter anderem erläutert er hier das situationsbedingte Reagieren und die Motivlage des KPD-Funktionärs Hans Pfeiffer, des umstrittenen Instrukteurs Wilhelm Knöchel, des Mitarbeiters des parteiinternen Nachrichtenapparates Theodor Bottländer sowie der Fallschirmspringer Walter Gersmann und Eugen Nesper. Bezüglich der Interaktion des KPD-Kaders Karl Plesse mit der Gestapo konstatiert Grashoff, dass sich dieser „seiner Gratwanderung bewusst war.“. Der Leipziger Widerständler, dessen Polizeifotos aus dem Jahre 1935 auf dem Buchcover abgebildet sind, erfüllte demonstrativ mehrere Aufgaben des Gegners, verhinderte aber gleichzeitig auch weitere Verhaftungen.

In Leipzig hatte ebenfalls die für Sachsen zuständige Instrukteurin des kommunistischen Jugendverbandes (KJVD) Helene Fischer ihren illegalen Wohnsitz. Grashoff erwähnt in seiner Darstellung zwar kurz ihren Prozess vor dem Volksgerichtshof im August

3 Hans Schafranek: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941, Frankfurt a. M. 1990, S. 110, 156; Alexander Vatlin: „Was für ein Teufelspack“. Die Deutsche Operation des NKWD in Moskau und im Moskauer Gebiet 1936 bis 1941, Berlin 2013, S. 47, 205, 322.

4 <https://www.doew.at/erinnern/biographien/oesterreichische-stalin-opfer-bis-1945/stalin-opfer-k/klug-kajetan>; Barry McLoughlin/Josef Vogl: ... Ein Paragraph wird sich finden. Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945), Wien 2013, S. 70–81, 315.

5 Schafranek: Zwischen NKWD und Gestapo, S. 86, 104, 162.

1936, thematisiert jedoch nicht das der Kommunistin unterstellte Verratsverhalten, das im Folgenden umrissen werden soll: Helene Fischer, geborene Schirmann, entstammte einer russisch-jüdischen Familie und erhielt erst 1927 durch Heirat die deutsche Staatsbürgerschaft.⁶ Im gleichen Jahr trat sie in Berlin dem KJVD bei, in dem sie auch nach 1933 eine aktive Tätigkeit als Funktionärin entfaltete. Am 12. April 1935 fuhr die Oberberaterin „Trude“ zu einer vereinbarten Zusammenkunft mit einem Mitglied der KPD-Bezirksleitung Sachsen. Der illegale Treff in Dresden war allerdings von einem „Lockvogel“ arrangiert worden und sie legte, ohne von dieser Sachlage Kenntnis zu haben, ihren ausführlichen Bericht über durchgeführte und geplante Aktivitäten vor einem getarnten Gestapobeamten ab. Dieser nahm Fischer kurze Zeitspäter in einer Konditorei fest.

Nach einem mehrere Monate andauernden Untersuchungsgewahrsam in Dresden und Leipzig, der mit massiven Misshandlungen (Schläge, Tag und Nacht auf den Rücken gefesselten Händen sowie Schlafentzug) einherging, und der fatalen Erkenntnis, dass die Gestapo bereits weitgehend über Mitglieder, Kontakte und Aktivitäten der illegalen KJVD-Organisation informiert war, unterschrieb sie ein ca. 70 Seiten umfassendes Vernehmungsprotokoll. Mit der Absicht, sie vor Schlägen und anderen Folterungen zu bewahren, forderte Fischer zudem vier verhaftete Jungkommunisten, deren illegales Tun bereits weitestgehend offenkundig war, in Gegenüberstellungen zur Aufgabe ihrer Aussageverweigerung auf. Dagegen gab Fischer der Gestapo keine Informationen über ihre Kontakte und Verbindungen zur Berliner Reichsleitung der KJVD preis, dessen Zentralkomitee sie seit Dezember 1935 selbst angehörte.

Nach ihrer Verurteilung zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe gelangte sie Anfang August 1937 durch einen Gefangenenaustausch in die Sowjetunion⁷. Dort schlug ihr in der mittlerweile eskalierenden Situation der „Großen Säuberung“, ähnlich wie bei anderen deutschen Politemigranten, die in Deutschland Gefängnisse und KZs durchlitten hatten, großes Misstrauen entgegen. Die Moskauer KPD-Führung war außerdem bereits seit Anfang 1936 darüber informiert worden, dass sie die Adresse ihrer illegalen Wohnung in Leipzig verraten hätte.⁸

In mehreren internen Untersuchungen berichtete sie in Moskau zwar über die Bedingungen ihrer Untersuchungshaft, machte aber nur sehr zurückhaltend Angaben über ihr Aussageverhalten gegenüber der Gestapo. Als belastender Umstand erwies sich zusätzlich die Verhaftung ihrer Brüder Boris und Denis durch das NKWD. Beide lebten seit 1933 in Moskau lebten und hatten sich für ihren Austausch eingesetzt.⁹ Die „Kleine Kommission“ der KPD-Führung sanktionierte schließlich die von ihr mittlerweile zum Teil eingestandenen „Fehler“ während der Haft mit einer Rüge.¹⁰

6 Zur Biographie von Helene Fischer siehe ausführlich: Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. 2. überarbeitete und stark erweiterte Auflage, Berlin 2008, S. 246/247; Ders.: „Man trifft sich nicht mit Parteischädlingen“. Frauengeschichte(n): Der Fall Lena Fischer, in: Neues Deutschland vom 18./19. März 2000; Ders.: Der Fall Lena Fischer. Umgang mit einer „Verräterin“, in: Annette Leo/Peter Reif-Spierek (Hrsg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001, S. 223–237.

7 Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil – 1933 bis 1945, Münster 1995, S. 127.

8 „Bericht, von Friedel am 2.II.36 bekommen“, Kaderakte Helene Fischer, Russländisches Staatliches Archiv der sozialen und politischen Geschichte (RGASPI), 495/205/1624, Bl. 106.

9 Vatlin: Teufelspack, S. 320.

10 Sitzungsprotokoll der Kleinen Kommission vom 9. Januar 1940, SAPMO-BArch; I 2/3/84, Bl. 3–5.

Am 8. Juni 1947¹¹ kehrte Helene Fischer aus der Emigration nach Deutschland zurück und begann bald darauf eine Funktionärlaufbahn in der SED-Organisation Groß-Berlin. Die Delegierten des III. Parteitages wählten sie im Juli 1950 sogar ins Zentralkomitee. Durch interne Nachforschungen, die bereits seit Anfang 1946 liefen, ergaben sich parallel zu dieser Entwicklung jedoch weitere offene Fragen und Zweifel bezüglich ihres Verhaltens bei den Gestapo-Verhören. Wie bei ähnlich gelagerten Verdachtsfällen befragten die Kadergremien der Partei ehemalige Kampf- und Haftgefährten und durchforsteten überlieferte NS-Akten. Im Dezember 1950 musste sich Helene Fischer vor der Zentralen Parteikontrollkommission, dem höchsten Parteigericht der SED, offenbaren. Aber erst in der zugespitzten Vorbereitungsphase für einen großen Schauprozess gegen vermeintliche amerikanische Agenten und andere Parteifeinde entschied das Politbüro am 17. März 1953, sie wegen „Verrats vor der Gestapo“ aus allen politischen Ämtern zu entfernen und auch aus der SED auszuschließen.

Am gleichen Tag wird sie vom MfS verhaftet und zunächst in das Untersuchungsgefängnis in der Kissingenstraße in Berlin-Pankow eingeliefert. Am 31. März erfolgte ihre Überführung nach Berlin-Hohenschönhausen, wo sie im „U-Boot“ in einer Einzelzelle ohne Tageslicht eingesperrt wurde.

Bereits in der ersten Vernehmung gestand sie reumütig bisher verleugnete Details ihres zeitweise Schwachwerdens im NS-Gewahrsam. Das reichte den obersten SED-Gremien aber nicht aus. Die insistierenden Mitarbeiter der MfS-Abteilung IX/1 unterstellten der nunmehr parteilosen Kommunistin, die ihrem politischen Credo immer treu geblieben war, weitere Verratshandlungen und auch Kollaboration mit dem Hitlerregime. So sollte sie gestehen, dass ihr Freitausch in die Sowjetunion mit Agentenaufträgen der Gestapo verbunden war. Darüber hinaus versuchten die Stasi-Offiziere, deren Auftreten sie als zutiefst demütigend empfand, eine „feindliche Verbindung“ zwischen ihr und dem kurz zuvor entmachteten Politbüromitglied Franz Dahlem herzustellen.¹²

Am 13. August 1953 wird Helene Fischer auf Grundlage einer streckenweise konstruierten und teilweise auf falsche Zeugenaussagen basierenden Anklage vom Bezirksgericht Rostock zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Bis zu ihrer Begnadigung durch den Präsidenten Wilhelm Pieck im November 1955 musste sie die ihr auferlegte Straftat im Zuchthaus Brandenburg in Gesellschaft der ihr feindlich gesonnenen Frauen „aus dem Burjanek-Prozess und zahlreichen Gehlen-Agent[inn]en“ verbringen.¹³

Ein weiterer, gleichfalls von Grashoff unerwählter Verratsverdacht richtet sich gegen Joseph Schölmerich, der unter seinem Publizistenpseudonym Joseph oder Jo Scholmer in den 1950er Jahren als linker Kommunismuskritiker einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangte.¹⁴

Zum Zeitpunkt der NS-Machtergreifung war er als Medizinstudent der Bonner Universität im KJVD und in der Kommunistischen Studentenfraktion sowie nach deren Verbot in der illegalen KPD-nahen Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft organisiert. Wegen einer akuten Gefährdung emigrierte er im August 1933 über das Saarland in die Schweiz, konnte aber im Jahr darauf wieder nach Deutschland zurückkehren. Die detaillierte Rekonstruktion der weiteren biographischen Entwicklung Schölmerichs steht noch aus¹⁵ –

11 SAPMO-BArch, DY 30/VI 2/11/258, Bl. 278.

12 Brief H. Fischers „an das Politbüro des ZK der SED zu Hd. Des 1. Sekretär – Walter Ulbricht“ vom 28. April 1956, S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 909-02-02, Nr. 1756.

13 Ebd., S. 4.

14 Joseph Scholmer: Der Streik in Workuta, in: Der Monat, Märzheft 1954, S. 563–582; Ders.: Die Toten kehren zurück. Bericht eines Arztes aus Workuta, Köln 1954.

15 Siehe z. B. die stark lückenhafte und unkritische Biographie von Gerd Laudert: Der rote Doktor. Arzt, Kommunist, Antistalinist, Autor – Joseph Schölmerich (1913–1995), Berlin 2019 sowie Fall 6

allein auch deswegen, weil er seine Vita immer wieder selbst den aktuellen Gegebenheiten angepasst oder wesentliche Teile daraus verschwiegen hatte. So gab er beispielsweise in einem Lebenslauf nach 1945 an, dass er bereits 1933 Mitglied der illegalen KPD gewesen sei. Das Wirken in der SA und im NS-Studentenbund sowie den Eintritt in die NSDAP 1937 (Mitgliedsnummer 5307259) erklärte er mit der Tarnung seiner angeblichen Tätigkeit „in verschiedenen Gruppen der kommunistischen Resistance“.¹⁶

Dagegen wurde er nach Darstellung des MfS 1934 vom Bonner Polizeidezernenten Peter Reinertz als Spitzel angeworben. Anfang 1935 soll er dann die studentische Widerstandsgruppe um den späteren Geschichtsprofessor Walter Markov verraten haben.¹⁷ 1940 wirkte der just promovierte Dr. med. in Heilbronn und Innsbruck bis er dann im Frühjahr 1941 eine Anstellung im städtischen Krankenhaus St. Jakob in Leipzig erhielt. Angeblich im Auftrag des „stellvertretenden Gestapochefs“ der Messestadt Heino Uhlenhaut¹⁸ näherte er sich dort einer kleinen Gruppe an, die seit ca. 1943 zur illegalen Organisation „Nationalkomitee Freies Deutschland“ um Georg Schumann, Otto Engert und Kurt Kresse gehörte, und begann diese auszuspähen.¹⁹ Zwischen Juli und August 1944 wurden die verzweigten kommunistischen Widerstandsnetze durch die Verhaftung von annähernd 100 Personen durch die Gestapo zerschlagen. Maßgeblichen Anteil daran hatten, wie auch Grashoff anmerkt, die umgedrehten KPD-Mitglieder Fritz Brüderle, Werner Schmidt und Fritz Kehrer.²⁰ Die Festnahme von Schölmerich am 4. August 1944 erfolgte angeblich zur Tarnung seiner V-Mann-Aktivitäten. Am 24. November 1944 verurteilte ihn der in Dresden tagende 2. Senat des Volksgerichtshofes zur Mindeststrafe – vier Monate Gefängnis –, die durch die Anrechnung der Untersuchungshaft bereits abgegolten war. Durch ein Fürspracheschreiben der Gestapo sollte er durch die Stadt Leipzig wieder als Oberarzt und Leiter der Röntgenabteilung eingestellt werden.

Nach Kriegsende lässt er sich als Opfer des Faschismus registrieren und wird nach einer Tätigkeit in der Abteilung Gesundheitsverwaltung der Landesregierung Sachsen zunächst als Referent und kurz darauf als Abteilungsleiter in der Deutsche Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen berufen. Vor seinen Kollegen prahlte er mit seinen Kontakten zum jugoslawischen Geheimdienst. Seit Mai 1947 hatte das SED-Mitglied auch eine klandestine Beziehung zum MGB. Dieser hegte aber nach einiger Zeit großen Zweifel an der Zuverlässigkeit und Treue seines Informanten. Am 6. April 1949 verhaftete der sowjetische Staatssicherheitsdienst Schölmerich und überstellte ihn in das Kellergefängnis in Berlin-Hohenschönhausen. Ihm wurde unterstellt, seit längerem ein Doppelspiel zu betreiben zu haben. In den nächtlichen Verhören sollte er unter anderem den Verrat von MGB-Informanten an amerikanische und britische Spionagezentralen gestehen. Der stellvertretende Referatsleiter der Untersuchungsabteilung Petr I. Pachomow²¹ und andere Vernehmungsoffiziere nötigten ihm desgleichen einen detaillierten „Bericht“ über seine Kooperation mit der Gestapo ab. Dieser enthielt die Namen von

Joseph Schollmer, in: Horst Krüger (Hrsg.): Das Ende einer Utopie. Hingabe und Selbstbefreiung früherer Kommunisten, Olten und Freiburg 1963, S. 137–152.

16 Ebd., S. 139

17 <http://www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/bonn/wissenswertes/die-universitaet-bonn-1933-1945.html>.

18 Uhlenhaut kam wie Schölmerich im Februar 1940 nach Leipzig und stieg dort zum Abteilungsleiter der Stapostelle auf. Die ihm zugeschriebene Stellvertreterfunktion übte er wahrscheinlich erst 1945 aus. Hans-Dieter Schmid: Gestapo Leipzig. Politische Abteilung des Polizeipräsidiums und Staatspolizeistelle Leipzig 1933–1945, Beucha 1997, S. 22 ff.

19 Siehe z. B.: Wolfgang Weiß: Vom Tagebuch zum Todesurteil, Berlin (Ost) 1988, S. 222.

20 Siehe ausführlich: Karsten Voigt: Kommunistischer Widerstand in Leipzig 1943/44, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Heft 2/2002, S. 141–181.

21 Scholmer: Die Toten, S. 25.

denunzierten Personen und von Polizeibeamten. Am 8. April 1950 verurteilte ihn die Sonderberatung des MGB zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Nach seiner vorfristigen Haftentlassung in Folge des „Tauwetters“ nach Stalins Tod aus dem Lagerstandort Workuta und der Rückkehr nach Ostdeutschland im Januar 1954 kehrte er nach einem mehrmonatigen Zwischenaufenthalt in West-Berlin an seinen Geburtsort Kasbach am Rhein zurück. In den folgenden Jahren betätigt sich Scholmerich beruflich als Publizist und Schriftsteller. Politisch engagiert er sich mit anderen kommunistischen Renegaten, wie Manfred Hertwig, Wolfgang Leonhard, Heinz Lippmann, Carola Stern, Hermann Weber, Heinz Zöger und Gerhard Zwerenz, ab 1959 in der Redaktion und im Umfeld der vom Bundesamt für Verfassungsschutz finanzierte Zeitschrift *Der dritte Weg. Diskussionsforum für modernen Sozialismus*.²²

Der dritte Teil des Buches ist dem Umgang beider Konfliktseiten mit den zu aktiven Verrätern gewordenen Kommunisten gewidmet. Hier bietet Grashoff neben der ausführlichen Analyse des Fememordes an dem Kurier Ernst Thälmanns Alfred Kattner eine systematische Erörterung darüber, in welchem Umfang KPD-Aktivistinnen weitere Gestapo-Informanten getötet haben. Er kommt zu dem Schluss, dass die illegale Partei, die den individuellen Terror nach wie vor ablehnte, auf die Verräter in den eigenen Reihen hauptsächlich mit Rufmord und deren öffentlicher Anprangerung reagiert hat. Weiter führt er aus, dass die zielgerichtete physische Liquidierung von Spitzeln eher eine „seltene Ausnahme“ blieb. An anderer Stelle meint er sogar, dass „Fememorde [...] generell nicht zum Repertoire der illegalen KPD“ gehört hätten. Im diskutierten Kontext verweist er aber auch auf die teils tödlich endende Strafverfolgung von Denunzianten durch sowjetische Militärtribunale und die ostdeutsche Justiz nach dem Mai 1945.

Die Verratshandlungen abtrünniger Kommunisten behandelte und bewertete der NS-Staat sehr differenziert. Im Gegensatz zu den Überläufern und Renegaten des Jahres 1933, die sich beruflich und politisch in die „Volksgemeinschaft“ integrieren konnten, honorierte er den oft erzwungenen Verrat und den Spitzeinsatz oft gar nicht bzw. nur zurückhaltend und im geringen Maße. So war zum Beispiel die Bezahlung der meisten V-Leute nur knapp bemessen oder erfolgte als unregelmäßige Geldprämie in Abhängigkeit von der Qualität der gelieferten Information. Allerdings gab es unter ihnen mit Franz Grybowski, Alfons Pannek und Ernst Rambow auch „Spitzenverdiener“. Die Kollaboration während der Untersuchungshaft wurde vielfach mit Straffreiheit, Strafmilderung, was einigen Betroffenen wahrscheinlich das Leben rettete, und vorzeitiger Haftentlassung belohnt.

In seinen Schlussbetrachtungen schätzt Grashoff ein, dass die personenbezogenen Vorwürfe über Treuebruch, Dekonspiration und Kooperation mit den NS-Repressivorganen, die in der damaligen KPD zirkulierten, „oft [ihre] Berechtigung hatten. Den vielfach begangenen Verrat charakterisiert er für die illegale Partei als „signifikantes, existenzbedrohendes und zugleich peripheres Phänomen“. Letztere Zuschreibung ist angesichts der von ihm und anderen Autoren dokumentierten Verratsdimension stark irritierend und sprachlich missverständlich. Offensichtlich bezieht sie sich auf die von ihm vorgenommene Verortung – „prekäre Peripherie“ – der im Buch vorgestellten Verrats exponenten innerhalb der KPD.

Gespannt darf der zeitgeschichtlich interessierte Rezipient auf den von Grashoff angekündigten zweiten Teil der Untersuchung sein. Darin soll der Umgang der „deutschen Nachkriegsgesellschaft in Ost und West mit Opportunisten, Überläufern, V-Leuten und anderen tatsächlichen oder vermeintlichen Verrätern“ thematisiert werden.

22 Günther Nollau: *Das Amt. 50 Jahre Zeuge der Geschichte*, München 1978, S. 226 ff.

Springer nannte ihn seinen Libero. Ein Wiedersehen mit Matthias Walden

*Nils Lange: Matthias Walden. Ein Leben für die Freiheit.
Berlin-Brandenburg: bebra wissenschaft verlag 2021, 620 Seiten, 56 Euro*

Hannes Schwenger

Der Name und die Rolle Matthias Waldens in der politischen Publizistik der Bonner Republik sind fast vier Jahrzehnte nach seinem Tod 1984 seltsam entrückt – im Gegensatz zu seinen publizistischen Wegbegleitern und Kontrahenten wie Egon Bahr, Klaus Bölling, Sebastian Haffner, Klaus Harpprecht und Peter Merseburger. Mit Bölling und Merseburger teilte er eine SBZ/DDR-Vergangenheit, Bölling als Redakteur bei der FDJ, Walden als Redakteur der CDU-Zeitung *Die Union*, Merseburger mit Hafterfahrung als Flugblattverteiler für die CDU. Mit Bahr, Bölling und Harpprecht verbrachte Walden beim RIAS seine ersten Jahre im Westen. Wie Haffner schrieb er für *Christ und Welt* und für Springers *Welt*, bevor die beiden als Illustrierten-Kolumnisten (Walden für *Quick*, Haffner für *stern*) die Klängen kreuzten. Waldens Stellungnahme zum Mauerbau als Chefkomentator des SFB beeindruckte Willy Brandt, seine Fernsehdokumentation über die Mauer sah Präsident Kennedy in Washington, noch bevor er sich zum „Berliner“ erklärte.

Nach seinem Wechsel zum Springer-Konzern – erneut als „Chefkomentator“ für die *Welt* und *Welt am Sonntag* – war er deren Mitherausgeber und designierter Nachfolger Axel Springers in der Konzernleitung. Zwar würdigten ihn Axel Schildt, Ansgar Lange und Daniel Schwane in verschiedenen Publikationen eingehender Erwähnungen, aber erst Nils Lange hat mit seiner Potsdamer Dissertation (und einem Promotionsstipendium der Adenauer-Stiftung) eine umfassende Biografie Waldens vorgelegt – ein, wie er sich selbst bescheinigt, unbestreitbares „Desiderat“. Auf 600 Seiten rückt er die kurzschlüssige Einstufung Waldens als Vertreter „der äußersten rechten Strömung in der deutschen Publizistik“ (Schildt) und eines „politisch-ideellen Konservatismus (...), der noch aus der Weimarer Republik stammte“ (Schwane) mit einer akribischen Rekonstruktion und Dokumentation von Waldens publizistischem Wirken zurecht. Auch seine erste Rezensentin (in der *FAZ* vom 14. Dezember 2021), Jacqueline Boysen, sieht Waldens Wahrnehmung als „Hassfigur der Linken“ von „Vorurteilen verdunkelt“.

Das triftigste – er sei als Antikommunist und Kritiker der Ostpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs der „kälteste der Kalten Krieger“ – hat Walden 1963 selbst kommentiert, er wolle, „obwohl von pazifistischem Gemüt – lieber einer seiner Krieger als eines seiner Opfer sein.“ Beides trifft zu: Er war, aus persönlicher Erfahrung und politischer Überzeugung, Antikommunist und tatsächlich „von pazifistischem Gemüt“, das bei näherer Bekanntschaft für ihn einnahm. Nicht zufällig unterstützte er 1967 die „Göttinger Erklärung“ von achtzehn Wissenschaftlern gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Klaus Bölling – sein Ex-Kollege beim RIAS, der als Regierungssprecher die Ostpolitik Willy Brandts gegen Waldens Kritik verteidigte – hat ihn post mortem einen „Mann von schöner Noblesse“ genannt. Selbst Egon Bahr, der mit ihm schon nach dem Mauerbau „nicht mit jedem Wort einverstanden war! (und umgekehrt), beglückwünschte Walden 1961 noch nach dessen Kritik an Peter Benders – wie Bahrs – Anregungen für eine neue Deutschlandpolitik „zu dem Ton, dem man die ehrliche Menschlichkeit angemerkt hat“.

Wer Waldens ebenso sanfte wie feste Stimme im Ohr hat, mit der er seinen Film über die Berliner Mauer kommentierend begleitete, muss sich nur noch einmal zum Kontrast seinen geifernden Ost-Berliner Antipoden Karl-Eduard von Schnitzler anhören. Dass er als Publizist anders als Schnitzler seinen Familiennamen (Otto von Sass) durch das Pseudonym Walden ersetzt hatte, wurde ihm von Links ebenso hämisch vorgehalten wie sein Hobby als „Herren“-Reiter, das man aber einem Günter Gaus und Stefan Aust ohne Häme gönnte. Was seinen Adelsnamen anging, wusste wohl keiner der Spötter, dass der Sohn eines Nazigegners sich als Leipziger Redakteur Otto von Sass von FDJ-Trupps Sprechchöre „Vorn SA, hinten SS, in der Mitte ein As, das ist der Herr von Sass“ anhören musste. So ähnlich klang es dann auch in West-Berlin um 1968.

Was, fragt Jacqueline Boysen in der *FAZ* mit Recht, „sagt das über Matthias Walden?“ Wenn eines in Nils Langes umfangreicher Biografie Waldens fehle, sei das „ein Schlüssel zum Menschen Matthias Walden. Leider bleiben dessen Charakter und Individualität hinter dem Profil des scharfzüngigen, aufrechten und letztlich isolierten Überzeugungstäters versteckt. Hätte das Gedächtnis von Zeitzeugen nicht den Zugang zur Persönlichkeit Waldens öffnen können?“ Dazu hoffe ich, am Ende dieser – hoffentlich unbefangenen – eigenen Rezension einen kleinen Beitrag als „Zeitzeuge“ leisten zu können, denn ich war, wie Nils Lange auch vermerkt, einige Jahre Chefredakteur der Zeitschrift *Berlin im Spiegel* mit Walden als Herausgeber und kritischer Rezensent seiner politischen Essays „ostblind-westblind“, über die wir im linksliberalen *Spandauer Volksblatt* miteinander stritten. Das hinderte ihn nicht, mir nach dem Ende der Zeitschrift eine Stellung beim SFB anzutragen, der ich allerdings ein Angebot Rudolf Augsteins an sein Berliner Zeitungsprojekt *Heute* vorzog.

Nils Lange, der sich trotz ihres Umfangs mit einer politischen Biografie Waldens begnügt, befragt und belegt mit zahlreichen Zitaten aus dessen Büchern und Kommentaren die Kontinuität seines prinzipiellen Antikommunismus und seiner Konzeption von Staatsloyalität, deren antitotalitäre Grundierung sowohl antifaschistisch wie verfassungspatriotisch gestimmt war. Das werde von allen übersehen, die seinen so definierten Konservatismus mit der „äußersten rechten Strömung“ um Hans Zehrer und Armin Mohler als Erneuerer der Weimarer „konservativen Revolution“ oder dem autoritären Salazar-Regime und seinem deutschen Bewunderer Winfried Martini gleichsetzen wollten. Oder mit William S. Schlam, dem von der äußersten Weimarer Linken über sein Exil in USA als Protégé von Joseph McCarthy zum Rechtsaußen der Bundesrepublik gewandelten Kolumnisten. Von ihm distanzierte sich Walden wegen dessen Attacke auf Willy Brandt als „Schreibtischtäter im Exil“.

Wie sie alle hat Walden zwar auch in *Christ und Welt* und Springers *Welt* publiziert, aber nie hätte er wie Mohler (unter Pseudonym Michael Hinterwald) Beiträge für die rechtsradikale *National- und Soldatenzeitung* geschrieben. Dass in diesem Blatt der Widerstand des 20. Juli geschmäht wurde, stand in ausschließendem Gegensatz zu Waldens Verständnis von Staatsloyalität, die man Recht und Verfassung schulde, aber nicht dem Unrechtsstaat, gegen den Widerstand gerechtfertigt war. Das war sowohl die Grundlage seiner kompromisslosen Ablehnung der DDR-Staatlichkeit wie seiner unglücklichen Kontroverse mit Heinrich Böll, dessen missverständliche Äußerungen über Staatsmacht und RAF-Terrorismus von Walden zusätzlich missdeutet wurden. Vor dem Bundesverfassungsgericht unterlag er damit.

Besser leben konnte er mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag mit der DDR, das deren Anerkennung nur als „taktische Anerkennung besonderer Art“ gestattete und an der gemeinsamen deutschen Staatsbürgerschaft und der Beitrittsoption des Grundgesetzes für eine Wiedervereinigung festhielt. Für ihn blieb damit

bei aller Kritik an der neuen Ostpolitik der Sozialdemokratie die Berufung auf Ernst Reuters Vermächtnis verbindlich, der ein Ende der Blockkonfrontation voraussah, aber erst dann erwartete, wenn die Sowjets selbst einen dauerhaften Frieden in Europa brauchten: „Sie mögen uns hinhalten und taktisch manövrieren“, schrieb Reuter 1953 in seinem letzten, nach seinem Tod gedruckten Beitrag für eine amerikanische Zeitung, „aber zuletzt werden die Ereignisse sie aus ihrer Reserve herauszwingen, und dann muß der Westen zum Handeln bereit sein.“ Damit meinte er nicht etwa Krieg, wie er im RIAS nach dem 17. Juni, den er noch miterlebte, unterstrich, denn „wenn wir Deutsche allein wären, brauchten wir gar nicht einzumarschieren. Der Fall wäre sowieso erledigt.“ So unerschütterlich war sein Glaube an den Freiheitswillen seiner Landsleute.

Reuter war natürlich kein Prophet. Die spätere Ostpolitik seiner Partei konnte er so wenig vorhersehen wie ihre Ratlosigkeit vor den polnischen „Ereignissen“ 1981 und 1989 und der Friedens- und Bürgerbewegung der DDR, die sie als Störung ihres Dialogs mit der SED empfand. Den Fall der Mauer, deren Bau er immerhin vorausahnte, haben weder Reuter, noch Springer, noch Walden erlebt. Aber hätten sie sich durch ihn nicht bestätigt fühlen dürfen? Der Titel von Langes Biografie *Matthias Walden. Ein Leben für die Freiheit* klingt so.

Doch auch Waldens einstige Kollegen am RIAS, Bahr, Bölling und Harpprecht sahen sich als Befürworter und in Regierungsämtern Mitwirkende des ostpolitischen „Wandels durch Annäherung“ im Ergebnis der deutschen Einheit von 1990 bestätigt, auch wenn das nicht der SPD, sondern Helmut Kohl zufiel. Das sei, meinten sie, aber seiner wendigen Fortführung ihrer Ostpolitik zu verdanken. Ein Abwägen der Argumente müssen wir wohl einem künftigen – schon und noch andauernden – Historikerstreit überlassen.

Das umstrittene Profil Waldens in Politik und Publizistik der Bonner Republik zurechtzurücken, ist es aber nicht zu früh. Selbst Helmut Schmidt hat dazu 1999 mit einem Vorwort für den Gedenkband von Waldens Tochter Bettina *Er war ein guter Feind* beigetragen. Er nannte ihn einen „Konservativen im besten Sinne des Wortes“. Das bestreitet auch Nils Lange nicht, obwohl er ihn erst am Ende einer langen Orientierungsphase in dieser Position angelangt sieht. 1955 nannte Walden als „die drei Krankheiten dieser Welt“ Totalitarismus, Kolonialismus und Nationalismus. Den Antikommunismus der Ära Adenauer nannte er primitiv, Adenauers Zugeständnisse an ein rechtsradikales Wählerpotential und seine Koalitionspartner opportunistisch. Das hinderte ihn 1972 nicht, den Konrad-Adenauer-Preis der Deutschland-Stiftung anzunehmen, ohne sich von deren Geschäftsführer und Rechtsaußen Kurt Ziesel vereinnahmen zu lassen, der ihn vergeblich auch als Autor zu gewinnen suchte. Wie der *Vorwärts* vermerkte, stieß Waldens strikt antitotalitäre Preisrede beim nationalkonservativen Publikum auf „betretenes Schweigen“. Nils Lange: „Zur Kompromittierung Waldens konnte diese Episode also nicht dienen“.

Wie auch? Walden hatte bis zu dessen Auflösung dem 1956 gegründeten „Club republikanischer Publizisten“ angehört, dessen Vorstand Erich Kuby, der nachmalige *Vorwärts*-Chef Jesco von Puttkamer und der spätere Chefredakteur der „Tagesthemen“ Klaus Stephan bildeten. Zu seinen Mitgliedern zählten Walter Dirks, der Verleger und Gründer der Humanistischen Union Gerhard Szczesny und Axel Eggebrecht, der Mitgründer des NWDR, der wie Walden den Frankfurter Auschwitz-Prozess mit seinen Kommentaren begleitete. Der Club, der sich 1961 in „Republikanischer Club“ umbenannte (nicht zu verwechseln mit dem Republikanischen Club von 1968) wandte nach eigenem Bekunden „sein Augenmerk besonders auf neonazistische und militaristische Erscheinungen“. Ehrenvorsitzender war Rudolf Pechel, Herausgeber der von Goebbels

verbotenen *Deutschen Rundschau* und von 1942 bis 1945 Häftling im KZ Sachsenhausen. Der durch seine eigene NS-Vergangenheit selbst belastete Ziesel hatte ihn wegen eines früheren affirmativen Kommentars aus dem Jahr 1933 bloßzustellen versucht.

Waldens kompromisslose Stellungnahme gegen alte Nazis im politischen und öffentlichen Leben der frühen Bundesrepublik „unter der Daunendecke unserer Wohlstandsgesellschaft“ hatte ihm sogar aus dem Hause Springer – von Zehrerers Schützling Hans-Dietrich Sander in der *Welt* – den Vorwurf eines „fiebrhaften Antifaschismus“ eingetragen. Seine Fernsehdokumentation „Vor unserer eigenen Tür“ hätte laut Sander genauso in Adlershof entstanden sein können. Das empfand Walden als ebenso ehrenrührig wie die Hetze von Zehrerers Kolumnisten William S. Schlamme gegen Willy Brandt als „Schreibtischtäter im Exil“. Walden widersprach dem „bösen Wort Schreibtischtäter“ mit einem eigenen Kommentar. Schreibtischtäter waren und blieben für ihn die willigen Befehlsempfänger und Amtswalter des NS-Staats, die – wie Filbinger – daran festhielten, was damals Recht gewesen sei, könne heute nicht Unrecht sein.

Nils Lange fragt sich allerdings, warum Walden dann als Mitarbeiter von *Christ und Welt* zur tiefbraunen Vergangenheit des Chefredakteurs Giselher Wirsing – SS-Hauptsturmführer und Protegé von Himmler und Goebbels – schwieg, die spätestens 1959 durch eine Dokumentation ehemaliger Widerstandskämpfer bekannt wurde. Er vermutet, dass Wirsing „Flankenschutz“ durch Eugen Gerstenmaier als Gründer, Herausgeber und Anteilseigner des Blattes erhielt. Der CDU-Politiker, in Bonn als Mann des christlich-konservativen Widerstands im NS-Staat unangefochten (wenn auch nicht unumstritten), war Waldens Favorit für das Kanzleramt der Großen Koalition, die er befürwortete.

Nach der Wahl Kiesingers hielt sich Walden auch zu dessen NS-Vergangenheit bedeckt und kommentierte das Urteil gegen Beate Klarsfeld wegen ihrer symbolischen Ohrfeige des Kanzlers halbherzig als zu schnell und zu hart. Erst zehn Jahre später bekannte er „der Meinung gewesen zu sein, daß Kiesinger als ehemaliges NSDAP-Mitglied nicht hätte Kanzler werden sollen.“ Als langjähriger – bis zum Streit über die Ostpolitik – Sympathisant der SPD Reuters und Willy Brandts fühlte er sich aber durch die Große Koalition erst einmal „aufs Angenehmste bestätigt“, wie er seinem alten Kollegen Bahr in dessen neuer Funktion als Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt schrieb: „Jetzt macht der Blick nach Bonn wieder Freude.“ Die währte nicht lange, nur bis zur sozialliberalen „kleinen“ Koalition 1969 und ihren Ostverträgen, gegen die er sich als Kritiker profilierte und zum Vertrauten Axel Springers wurde.

1980 griff Alexander Rost in der Hamburger *Zeit* Springers Bezeichnung Waldens als seines „Libero“ auf, um in diesem sportlichen Vergleich einen Doppelsinn zu entdecken, in dem ein Rest von „liberal“ verborgen sei. In seiner Doppelrolle als konservativer Wortführer und zeitkritischer Journalist sei er der Mann an Springers Seite, „der sich auch freispielen kann aus dem allzu engen Schema des konservativen Klubs.“ Dazu hatte Walden nur noch vier Jahre Zeit. Nils Lange hätte ihm das nach dem Abgang Zehrerers und seines glücklosen Nachfolgers Herbert Kremp auch zugetraut. Für ihn war Walden Anfang der achtziger Jahre aus konservativer Sicht um die Grundausrichtung der Bundesrepublik bemüht, deren liberalen Kern „er allerdings mit konservativen Tugenden wie einem Anti-Utopismus und einem an gesellschaftliche Verantwortung gekoppelten Freiheitsideal zu verteidigen suchte.“

Dem kann sich der Rezensent anschließen, um nur noch als „Zeitzeuge“ seine persönliche Wahrnehmung als Redakteur von Waldens Zeitschrift *Berlin im Spiegel* und Lektor im Verlag seines Essaybands *ostblind-westblind* nachzutragen. Nils Lange bewertet

diese Episode der frühen sechziger Jahre als „Scheitern eines die politischen Lager übergreifenden Experiments“, dessen Chefredakteur an der Seite Waldens „beispielsweise der als ‚links-intellektuell‘ geltende Schriftsteller Hannes Schwenger (...) in den späten sechziger Jahren zu einem Initiator der ‚Enteignet Springer-Kampagne‘ werden sollte“. Doch von einem so ambitionierten „Experiment“ konnte aus Waldens Sicht gewiss keine Rede sein. „Chefredakteur“ ohne Mitredakteure war ich als 21-jähriger Neu-Berliner und Assistent des Verlegers Ernst Staneck geworden, ohne dass Walden an meiner Einstellung beteiligt war. Einwände hatte er nicht, und als vielbeschäftigter Chefkommentator des Senders Freies Berlin auch keine Zeit, mehr als seine Beiträge und die seiner Mitarbeiter am SFB beizusteuern.

Das redaktionelle Umfeld der Zeitschrift füllten bewährte Feuilletonisten Berliner Zeitungen wie Felix Henseleit, Leonie Holz, Annemarie Weber und – für eine Sonderausgabe „Investieren in Berlin“ – Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft West-Berlins. Dass ich zur Auffrischung auch neue Autoren und Künstler wie Ingeborg Drewitz, Kurt Sigel, Ali Schindehütte (von den „Rixdorfern“) heranzog und einen Beitrag über Carl von Ossietzky ins Blatt rückte, war Walden ebenso recht wie meine Redaktion seines Bildbandes *Berlin-Symphonie in Farben*. Als ihm die Zeit für die letzten Bildlegenden fehlte, sprang ich als Ghostwriter ein, der seinen flüssigen Stil perfekt imitierte.

Einen „Zugang zur Persönlichkeit Waldens“ (für Jacqueline Boysen in der *FAZ* das Manko von Langes Biografie) hatte auch ich allenfalls durch Stippvisiten in seinem Büro beim SFB, die ihn von der menschlich angenehmsten Seite zeigten und auch seine privaten Sorgen um die Problemschwangerschaft seiner Frau durchblicken ließen, die ihn zeitweise mehr beanspruchte als unsere Redaktion. Die Schwangerschaft kam zu einem guten Ende – der Geburt seiner Tochter Bettina –, die Zeitschrift und ihr Verlag zu einem bösen durch den Konkurs des Verlags 1966. Walden traf daran keine Schuld, er hatte sogar gutmütig sein Herausgeberhonorar gestundet.

Die Frechheit seines jungen Chefredakteurs, sein Buch *ostblind-westblind* im linksliberalen *Spandauer Volksblatt* zu rezensieren, beantwortete er mit einer argumentativen Replik an gleicher Stelle. Man kann beide – Kritik und Replik – als Zugang zu seiner Persönlichkeit und ihrer biografischen Vorprägung lesen. Im Sinne seiner Auffassung von Staatsloyalität hatte er staatskritischen Intellektuellen vorgeworfen, sie „nehmen alles auseinander, weigern sich aber, es zu einem besseren Ganzen zusammensetzen.“ Das gelte besonders für ehemalige Kommunisten, die heute andere über Demokratie belehren wollten: „Die Abtrünnigen haben, als sie noch trünnig waren, das meiste sehr schön gefunden und allein damit bewiesen, daß ihnen manches fehlte. Zum Beispiel eine Nase dafür, daß kommunistische Massenveranstaltungen nach schlecht verdaulichem Kohl und nach Einheitsseife riechen.“ Und wonach, fragte ich Walden im Gegenzug, „wird es wohl auf einem CDU-Parteitag riechen? Nach Spargelcreme und Tabacseife? Und ist das dann der Geruch, an dem man eine Demokratie erkennt?“

Darüber war mit ihm gut streiten, über manches andere schon schlechter. Bei einer der wenigen noch folgenden Begegnungen gerieten wir aneinander, als er politische Streiks mit dem Verbot von Gewerkschaften beantworten wollte. Das war auch keine bessere Idee, als Springer wegen seines Berliner Pressemonopols und seiner Hasspropaganda gegen linke Studenten zu enteignen. So fanden wir uns, wie Nils Lange nicht entgangen ist, 1968 auf beiden Seiten der Barrikaden, ohne uns wieder zu begegnen.

Noch einmal ist mir sein Gespenst begegnet, als mir bei Recherchen für den Forschungsverbund SED-Staat eine Stasi-Notiz vorgelegt und nachträglich geschwärzt wurde, die Walden ohne Belege und dingfeste Quelle als politischen Erpresser des SFB und seines Rundfunkrats hinstellt. Eine Desinformation? Ein Fake? Das will ich meinen.

Thomas Brechenmacher: Im Sog der Säkularisierung. Die deutschen Kirchen in Politik und Gesellschaft (1945-1990), Berlin: be.bra Verlag 2021, 208 S., 14. Abb., Auswahlbibliographie, Personen- und Ortsregister, Abkürzungsverzeichnis, geb., 22,- Euro.

Hartmut Zinser

Th. Brechenmacher präsentiert in diesem Buch eine Darstellung der katholischen und evangelischen Kirche von 1945 bis 1990. Vorgeschaltet sind (notwendigerweise) kurze Abschnitte zum Protestantismus und Katholizismus im Kaiserreich, der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Es geht in diesem Buch vornehmlich um die Verhältnisse von Kirche und Staat, theologische Fragen werden eher am Rande erwähnt – etwas ausführlicher das Zweite Vatikanische Konzil (1963-65). Dies war erforderlich, da auf diesem Konzil die katholische Kirche ihre Positionen zu Demokratie, Menschenrechte, Religionsfreiheit etc. grundlegend verändert hat. Die anderen Religionsgemeinschaften (wie das Judentum seit den 70er Jahren der Islam und die orthodoxe Kirche, die mittlerweile die drittgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland ist), aber auch die sog. neuen religiösen Bewegungen mit ihren vielfältigen Synkretismen werden nicht behandelt wie auch die altkatholische Kirche nicht. Dies kann man begründen, da diese Religionsgemeinschaften für die Entwicklung der Staatskirchenverhältnisse nur insofern eine Rolle gespielt haben, als diese Religionsgemeinschaften die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie die öffentlich korporierten Kirchen fordern. Es werden vor allem Kirche, Politik und Gesellschaft mit Blick auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen untersucht. In der Bundesrepublik behielten die Kirchen ihren Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit allen daraus entspringenden Aufgaben, Pflichten und Wirkungsmöglichkeiten und zwar nicht nur auf dem Papier (vgl. die übernommenen Artikel aus der Weimarer Verfassung im GG), sondern auch in der sozialen Wirklichkeit. In der DDR wurden in der Verfassung von 1949 zwar ebenfalls die meisten Bestimmungen der Weimarer Verfassung übernommen (Artikel 41 bis 48) aber sie wurden anders verstanden und z.T. nicht eingehalten. In der Verfassung von 1968 sind diese Kirchenartikel gestrichen. Zwar behält jeder Bürger das Recht, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen, und die Kirchen das Recht, ihre Angelegenheiten zu ordnen, aber der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft ist beseitigt. Es heißt in Art. 39 nur noch: „Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden.“ Die Zahlungen an die Kirchen in Folge des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 wurden in der DDR weiter entrichtet, aber in den fünfziger Jahren drastisch gekürzt. Der Religionsunterricht an den Schulen wurde in den fünfziger Jahren durch Verwaltungsmaßnahmen zum Erliegen gebracht, so dass die Kirchen außerhalb der Schulen ihre Christenlehre einrichteten. Der Staat stellte auch die Einziehung der Kirchensteuern ein (1955). Gemäß der Marxschen Theorie betrachtete die SED Religion als Resultat von Ausbeutung und privatem Eigentum an den Produktionsmitteln und ging davon aus, dass mit der Beseitigung dieser Verhältnisse Religion „absterben“ würde. Nachdem bereits unter sowjetischer Militärverwaltung die meisten Organisationen aufgelöst waren, betrachtete die SED die Kirchen als die einzige „legale Position der feindlichen Kräfte innerhalb der DDR“ (so Mielke 1956²³) oder in der im Buch zitierten Formulierung: als „die stärkste legale Position der imperialistischen Kräfte“ (S. 87).

In den vierziger Jahren waren in Westdeutschland wie in der DDR noch über 90% der Bevölkerung Mitglied in einer der Kirchen. Durch verschiedene Maßnahmen erreichte

23 E. Neubert: Von der Volkskirche zur Minderheitenkirche – Bilanz 1990, in: Horst Dähn (Hg.): Die Rolle der Kirchen in der DDR, München: Olzog 1993, S. 39.

es die SED, dass dieser Anteil bis 1989 auf ca. 20 bis 25% reduziert wurde.²⁴ Die SED hat dafür verschiedene Maßnahmen ergriffen: 1. Einführung der Jugendweihe als Alternative zur Konfirmation. 2. Beseitigung des Religionsunterrichtes in den Schulen, aber Beibehaltung der theologischen Fakultäten, später mit einem obligatorischen Grundstudium zum Marxismus-Leninismus, 3. Behinderung der Jungen Gemeinden und der Studentengemeinden, 4. Schließung der Bahnhofsmissionen und anderer Aktionen der Kirchen in der Öffentlichkeit. Es gab in den Betrieben immer wieder Kampagnen zum Kirchenaustritt und Zurücksetzung von Christen, so dass schließlich 1989 „Mehr als ein zwei Drittel der Bevölkerung am Ende der DDR konfessionslos (waren)“ (S. 8). Brechenmacher vergleicht diese Entwicklung mit den Verhältnissen im Westen und kommt zu dem Schluss, dass auch hier viele Menschen durch den „Sog der Säkularisierung“ aus ihren Kirchen ausgetreten sind (nach den Erhebungen von 2021 ist die Mitgliedschaft in den Kirchen auf unter 50% der Bevölkerung abgesunken). Brechenmacher sieht hier eine „große Parallelentwicklung“ in der Bundesrepublik und DDR (S. 167). Nach dem Beitritt Westdeutschlands zur Nato und der Berufung eines ev. Militärbischofs 1957 drängte die SED darauf, dass die evangelischen Kirchen im Gebiet der DDR aus der EKD ausscheiden und eine eigene Organisation bildeten. Dies wurde dann durch die Gründung des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) 1969 vollzogen. Die katholische Kirche hat zwar auch eine Sonderorganisation für die DDR gebildet (Berliner Ordinarienkonferenz, BOK), aber dabei wenigstens formell mehr die Einheit mit der deutschen Bischofskonferenz bewahrt. Beide Kirchen sind den Infiltrationsversuchen der SED weitgehend entgangen. Die SED hatte ein Programm zur „Differenzierung“ entworfen und durch Vorteile versucht, einzelne Pfarrer und Mitglieder der Hierarchie und Kirchen für den SED-Staat zu gewinnen. In Einzelfällen hatte sie damit sicher auch Erfolg, aber insgesamt sind die Kirchen den Versuchen der SED, sie in ihrem Sinne zu beeinflussen, nicht erlegen. Da die Kirchenakten im Unterschied zu den Akten der SED²⁵ bisher nur sehr gering publiziert sind, wird man dies erst nach deren Veröffentlichung beurteilen können. Die katholische Kirche hatte durch den Preysing-Erlaß von 1947, nach welche allein dem Bischof politische Stellungnahmen etc. vorbehalten waren, den Klerus gegenüber solchen Aktionen des Regimes „imprägniert“ (S. 89) und einen „Modus Vivendi“ entwickelt (Abstinenz von politischen Fragen, keine offiziellen Kontakte zur Spitze des SED-Staates, nur informelle, S. 91). Die evangelischen Kirchen verwahrten sich zwar gegen die Versuche, die Kirche auf eine reine Kultkirche zu reduzieren und auf das „Wächteramt“ für gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu verzichten, war aber nach der Darstellung von Brechenmacher nicht in gleicher Weise immun und hat sich zumindest eine Zeitlang auf das aus Ungarn stammende Programm der „Kirche im Sozialismus“ eingelassen. Brechenmacher legt auch nahe, dass die katholische Kirche mehr auf die Einheit Deutschlands geachtet habe als die evangelischen Kirchen. Die katholische Kirche hielt eine „loyale Distanz in doppelter Diaspora (Martin Höllen)“ (S. 85). Beide Kirchen haben, wie er im Kapitel 9: Transfers und Kontakte nach dem Vertrag von 1972 zwischen der Bundesrepublik und der DDR darstellt, als Agenten der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den West- und Ostkirchen gedient. Durch diese wurden zahlreiche Projekte der Kirchen in der DDR möglich gemacht. Die Kirchen versuchten, wie der Bischof Schönherr es formulierte: „auf dem schmalen Grat zwischen Opportunismus und Opposition zu gehen“ (S. 109).

24 Die statistischen Angaben schwanken bei verschiedenen Autoren, doch ändert dies wenig an der festzustellenden Entkirchlichung.

25 Vgl. Frederic Hartweg (Hg.): Die SED und die Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen, Bd. 1. SED 1946-1967, Bd. 2 Die SED 1968-1989, Neukirchener Verlag 1995. Diese Dokumentation ist im vorliegenden Buch nicht aufgeführt.

Das Buch leidet etwas unter einem Hang zum Katholizismus, aber es dürfte hilfreich sein, die Entwicklung einmal auch unter einem katholischen Blick zu betrachten. Der Begriff der Säkularisierung, der bereits im Titel verwendet wird, bleibt etwas unklar. Unter Säkularisierung werden verschiedene geschichtliche Prozesse verstanden und zugleich interpretiert. Zum einen wurde in manchen Theorien des 19. Jahrhunderts (z.B. Comte, Frazer) darunter eine geschichtliche Entwicklung verstanden, an deren Ende Religion mehr oder weniger verschwunden sein würde, zum anderen aber die Trennung von Staat und Kirche, Privatisierung von Religion und Religionsfreiheit. Diese Position geht mithin davon aus, dass Religion in einer Säkularisierung nicht verschwindet. Sowohl in der französischen Revolution wie auch in der russischen wurde Religionsfreiheit verkündet. Da aber in beiden Fällen die Kirchen auf der Seite der antirevolutionären Kräfte agierten, wurden in beiden Fällen antireligiöse Maßnahmen entwickelt und z.T. heftig gegen die Kirchen vorgegangen. Von dem verfassungsmäßigen Prinzip der Religionsfreiheit blieb wenigstens eine Zeitlang wenig übrig. Auch haben diese Staaten immer wieder in die Kirchen eingegriffen, sie waren deshalb keine säkularen Staaten, die Religion innerhalb der für alle gültigen Gesetze und Regelungen für eine staatsfreie Sache erklären. Von Religionsfreiheit kann da ganz und gar nicht die Rede sein. Die Weimarer Verfassung (WRV), deren Bestimmungen sowohl in das Grundgesetz wie in die erste Verfassung der DDR weitgehend übernommen war, brachten keine konsequente Säkularisierung. Die Kirchen behielten den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und andere Sonderregelungen, so dass Z. Giacometti²⁶ bereits 1926 die Verhältnisse in Deutschland als „hinkende Trennung“ bezeichnete. Daran hat sich wegen der Weitergeltung der WRV bis heute nichts geändert. Da Deutschland keine wirkliche Säkularisierung durchgemacht hat, stellt sich die Frage, was Brechenmacher meint, wenn er von „Rückkehr des Religiösen in einer postsäkularen Epoche schreibt (S. 169)? Kann es einen Postsäkularismus geben, wenn es keine tatsächliche Säkularisierung gab?²⁷

Zu Recht stellt Brechenbacher deshalb die Frage, ob dieser Zustand nach dem Absinken der Christen unter 50% noch aufrechterhalten werden kann: „Kann die Staat-Kirchen-Konstruktion des Grundgesetzes, die ja von einer gegebenen Dominanz des christlichen Bekenntnisses ausgeht, noch gehalten, der amtliche Einzug der Kirchensteuer noch gerechtfertigt werden?“ (S. 166). Diese Frage wird noch verschärft durch das Auftreten von anderen Religionen, die wie die verschiedenen islamischen Gemeinschaften gleiche Möglichkeiten wie die traditionellen Kirchen einfordern (z.B. islamischen Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen). Der jetzige Zustand schafft Ungleichheiten, die auf Dauer nicht aufrechterhalten werden sollten und können. Dagegen wird man zugleich fragen müssen, ob der Staat eine Religionsgemeinschaft durch den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts privilegieren darf und kann, bei denen es z. T. zumindest zweifelhaft ist, ob sie die Regelungen unseres Grundgesetzes akzeptieren. Schließlich hat dieses Problem auch eine europäische Dimension. Der Amsterdamer Vertrag bestimmt in der 11. Erklärung, dass er den Status der religiösen Gemeinschaften nach dem jeweiligen Landesrecht respektiert und nicht beeinträchtigt.²⁸ Wenn wir Europa nicht zerfallen sehen wollen in Religion- und Konfessionsgebiete, ist eine europäische Regelung des Staats-Kirchen-Verhältnisses dringend geboten. Diese könnte so ausgestaltet sein, dass die Religionsgemeinschaften selber zu diesen neuen Regelungen übergehen. Gewünscht hätte ich mir eine Erörterung zur Frage, warum die SED in der

26 Zaccharia Giacometti: Quellen zur Geschichte der Trennung von Staat und Kirche, Tübingen 1926, S. xxiii, Anm. 1.

27 Zum Postsäkularismus vgl. M. Lutz-Bachmann: Postsäkularismus. Zur Diskussion eines Begriffs, Frankfurt a.M. Campus 2015.

28 Vgl. Vertrag von Amsterdam, Bonn 1999 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 320.

Verfassung von 1949 die Religionsartikel der WRV weitgehend übernommen hat. Diese waren mit den Positionen eines antikirchlichen Kampfes, wie er dann in den 50er Jahren aufzuweisen ist, eigentlich nicht zu vereinbaren. Später verkündete Ulbricht, „Christentum und Humanistische Ziele des Sozialismus seien keine Gegensätze“ (S. 78) und die SED erklärte nach 1961, dass das Absterben von Religion auf unbestimmte Zeit verschoben sei.²⁹ Damit hatte die SED ihren Frieden mit den Kirchen gefunden und dies 1983 zum 500. Geburtstag von Martin Luther gemeinsam gefeiert. Das fand dann 1990 seinen Abschluss im Gottesdienst zur Eröffnung der ersten frei gewählten Volkskammer in der Gethsemanekirche in Berlin, zu der die SED-Fraktion geschlossen erschien.

29 Vgl. Fr. Hartweg (Hg.): SED und Kirche, Neukirchener Verlag 1995 Bd. 2, S. 8.

**„Wenig Solides im tönernen Koloss DDR-Staat“:
ein Zeitzeuge mit klarem Blick auf sein Leben „im Land der Anderen“**

Ein Rezensionssessay

Willi Eisele

Für Hans-Jürgen Salier (1944–2021) sind es subjektive Motive und objektive Gründe, die ihn nach 2010 bewegten, seine „Begegnungen mit dem Sozialismus in der DDR“ nicht nur seinen Enkeln als persönliche Erinnerungen, sondern aufgrund einer „therapeutischen Empfehlung“ eines befreundeten Kreisheimatpflegers im Rhön-Grabfeldgau diese in kommentierter Form einem interessierten Leserkreis über das Heldburger Land, seiner engeren Heimat hinaus in Buchform³⁰ zugänglich zu machen.

Als Diplomlehrer für Deutsch, Lokal- und Regionalhistoriker, Philatelist, Autor und Verleger, insbesondere als Kommunalpolitiker seit der „Kerzenlichtrevolution“ ist Hans-Jürgen Salier ein unbestechlicher Zeitzeuge, der früh erfahren hat, dass der Machtapparat der SED sich „als fähig zu allem und zu nichts entpuppte“, als er als Mitglied des örtlichen Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi im Bezirk Suhl hinter die Kulissen blicken konnte und ihm auch Zugang zu den Dokumenten seiner eigenen Observation ermöglicht wurde (BStU, 2006).

Was Hans-Jürgen Salier zunächst an Fakten als „eigentlich nicht erwähnenswert“ einstufen wollte, erfuhr aber zunehmend an Bedeutung, je mehr er in jüngster Zeit beobachten musste, mit welcher Chuzpe geschichtsvergessene SED-Nachfolger den Schaden, den das Unrechtsregime „an Leib, Leben und Seelen der Menschen angerichtet hat“ zu relativieren versuchen. Er hat aus der Fülle seiner Aufzeichnungen aus Recherchen etwa fünfzehn Lebenssituationen ausgewählt, die exemplarisch belegen, wie er in seiner Funktion als Lehrer der Unter- und Sekundarstufe I (5 bis 10), seiner Kündigung und seinem Berufswechsel („Delegierung“, 1987) ins Verlagswesen, aber auch in seiner ehrenamtlichen Tätigkeit (Philatelisten im Kulturbund der DDR, AK Postgeschichte Thüringen, Kontakte im Bereich der Briefmarken- und Münzkunde) trotz mehrfacher Auszeichnungen (DDR, internationale Messen) ins Fadenkreuz des MfS als „Schild und Schwert“ der SED geraten war. Sein Fazit aus seiner „Begegnung mit Tschekisten“: Die DDR schuf sich ihre Gegner selbst!

Waren es im Bildungsbereich geschichtliche Fakten, die ihm vorenthalten wurden und die er auf Umwegen erfahren musste, wie Salier am Beispiel von Geschichtswissen über die Massaker von Katyn am polnischen Offizierskorps durch den NKWD auf Befehl Stalins aufzeigt, das von der Geschichtspropaganda bis 1990 als „unantastbares Tabu“ als Kriegsverbrechen der Deutschen deklariert und als solches Salier von einem polnischen Briefmarkenfreund (Poznan/Posen, 1973) nach Faktenlage erklärt wurde, oder als er im Kontext einer umstrittenen Namensgebung für seine Hildburghäuser Wirkungsstätte sich „vorlaut“ statt für Maxim Gorki als „Erfinder des sozialistischen Realismus“ für den Lokalpatrioten [Carl] Joseph Meyer, den „Lexikon-Meyer“ und Begründer des Bibliographischen Instituts einsetzte, wurde deutlich: Gute Leistungen im Beruf und Erfolge im Ehrenamt konnten ihn nicht vor Tschekisten in seiner Umgebung

30 Hans-Jürgen Salier: Im Land der Anderen – Begegnungen mit dem Sozialismus in der DDR, Leipzig/Hildburghausen 2020. Im Nachruf von Peter Lauterbach heißt es: „Leicht hat er es anderen nie gemacht. Er forderte Haltung von ihnen – und hat sich diese Haltung auch selbst abverlangt. [...] Er hat der Kulturgeschichte Südthüringens viele schöne Facetten geschenkt – als Verleger, Autor, Lehrer und Politiker. ‚Sie werden bleiben‘.“ (InsideThüringen.de vom 06.06.2021).

schützen. Vorsicht war im Interesse von Familie und Freunden geboten, als es zu ersten „Aussprachen“ und Anwerbeversuchen im Kontext der Biermann-Ausbürgerung am 16. November 1976 kam. Sein Fazit: Der Schaden hieraus wird für die DDR weit größer sein als durch einen „frechen Song eines sozialistischen Liedermachers“³¹.

Wie klar Hans-Jürgen Salier „aneckte“, hatte sich ihm aus der prompten Reaktion seines Schulleiters und Kollegen im Kulturbund im Kreis, Franz Henn (* 1911), erschlossen, der in dem Bildungsbürger Meyer „kein Vorbild“, „keine Lichtgestalt für eine Erziehung von sozialistischen Persönlichkeiten“, sondern nur den „Bourgeois und kapitalistischen Unternehmer“ sehen wollte, und sich später aus Akten des BStU als „IM Franz“ entpuppte. Damit wurde auch offenkundig, warum ihn diese „respektheisende Persönlichkeit“ für den Geschichtsunterricht der Klassen 5 bis 7 als „nicht qualifiziert“ einstuft und ihn zur „SeRo-Aktion“ (Altstoffsammlung) und „unauffällig“ für eine „AG Junge Philatelisten“ (ohne Lehrplanvorgaben) verpflichtete – allemal ein Wink mit dem Zaunpfahl. Als Hans-Jürgen Salier 1975 auch in seiner historischen Forschung „fündig“ wurde, als er Original-Briefe des im Dienst der Augsburgers Kaufmannsfamilie Welser wirkenden Philipp von Hutten (1505–1546) mit Expeditionsberichten aus Venezuela³² entdeckte, zeichnete sich ab, dass ein Weg auf der historischen Strecke und der Philatelie erfolgsversprechender sein würde: „Knast oder Berlin“ erschien ihm eher als drohendes Menetekel, nachdem er beim „MfS-Rendezvous“ auch auf das „ungesetzliche Verlassen der DDR durch die Familie Materne (KD Hildburghausen) angesprochen worden war.

Wer mit dem Sturz Walter Ulbrichts unter Erich Honecker mit einer Liberalisierung im Innern für die DDR gerechnet hatte, sah sich bald enttäuscht: In der SED setzte sich „peinliche Dummheit, Verschlagenheit und Brutalität“ gegen die eigenen Bürger durch, als die 3. DDR-Verfassung in Kraft trat. Zu viele DDR-Bürger „trauten sich nicht, aus ihrer eigenen Anonymität herauszutreten“, als bekannt wurde, dass in diesem Dokument, in der Gesetzgebung und in den gelenkten Medien klar wurde, dass außenpolitische Erfolge (UN-Mitgliedschaft, Helsinki-Prozess) die Menschenrechtsslage im Inneren kaum verbesserten. Am Beispiel der Entwicklung in Polen sollte sich bewahrheiten, dass man „eine Nation nur gewaltsam teilen kann, sie sich aber immer wieder finden wird“. Salier verweist damit auch auf Heinrich Heines sechste Gedichtstrophe, die von interessierter Seite gerne unterschlagen wird: „Deutschland ist ein kerngesundes Land, / es hat ewigen Bestand, / mit seinen Eichen, seinen Linden, / werd’ ich es immer wieder finden.“ Für Hans-Jürgen Salier bereitete sich das „langsame Sterben der DDR [ab 1976] eigendynamisch vor“.

Philatelie als wissenschaftliche Beschäftigung mit Postwertzeichen ist für Hans-Jürgen Salier zum professionell ausgeführten Ehrenamt geworden, das neben der Sammelleienschaft auch gestalterische Fähigkeiten einschließt (Bsp. eines Sonderstempels aus

31 Im Zusammenhang mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns nahmen die Aktivitäten des MfS-Sicherungsbereichs Literatur zwischen 1974 und 1977 auffällig zu: acht operative Vorgänge (1974) – 31 operative Vorgänge (1977), als alle Personen erfasst werden sollten (Liste A und B), die als Biermann-Unterstützer „aufgeklärt“ werden konnten. Vgl. Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur – Schriftsteller und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1996, S. 90, Anm. 152, 168 f.; allgemein: Klaus-Dietmar Henke: Die Begegnung mit der Vergangenheit. Die Bedeutung der Stasi-Akten für die Auseinandersetzung mit dem SED-Regime, in: Eichholz-Brief – Zeitschrift zur politischen Bildung 32.3, 1995, S. 43–49, speziell zu Joachim Walther: Ines Geipel, Der Zuständige – zum Tod von Joachim Walther (1943–2020), Internetbeitrag vom 19.05.2020. Wolf Biermann wurde 2007 „im vereinten Deutschland rehabilitiert“ (Ehrenbürgerschaft, Berlin), seine Diplomarbeit (1963) anerkannt und es wurde ihm seitens der Humboldt-Universität Berlin die Ehrendoktorwürde übertragen.

32 Die von Hans-Jürgen Salier 1990 Friedrich Karl von Hutten für das Familienarchiv übergebenen Briefe wurden von dem Bamberger Historiker Eberhard Schmitt 1996 ediert.

Anlass des Jubiläums 300 Jahre Post Hildburghausen, 1976), eine reiche Gutachtertätigkeit umfasst und ökonomische Kompetenzen für Auktionen und Fachausstellungen sowie die Pflege internationaler Kontakte zu Sammlern, Tauschbörsen und Expertengremien in Bezug auf die Fachliteratur zur Postgeschichte und Numismatik über die innerdeutsche Grenze hinweg beinhaltet. Konkret: Saliers Kontakte auf dem Gebiet der Philatelie sind eine Chance für die im Kulturbund der DDR organisierten Sammler der DDR mit dem Bund Deutscher Philatelisten in Westdeutschland, die informell unter Freunden auch vor 1988/89 bestanden „ohne Abgrenzung und Ressentiments, als ob es nie eine Trennung gegeben hätte“, ganz im Sinne von „getrennt und doch vereint“³³. Als Hans-Jürgen Salier mit einer Ehrenurkunde „für kulturpolitische Leistungen im Kulturbund der DDR“ dafür ausgezeichnet wurde, war er noch enger ins Netz der Staatssicherheit auf Kreis- und Bezirksebene geraten: Von 1965 bis 1989 waren Korrespondenz und Tauschaktionen von Hans-Jürgen Salier im Visier des MfS HA M (Postkontrolle) von „unwissenden Gestalten an der ‚Unsichtbaren Front‘ penibel observiert worden. Berichte und opV-Dokumente belegen das gesteigerte Interesse der „Firma“ einschließlich der Leitung in Suhl unter Generalmajor Gerhard Lange (1935–1990), der nach seiner Entlassung am 30. Januar 1990 Selbstmord verübte. Er folgte damit Major Armin Knoll, zuständig für die Internierung von DDR-Bürgern im Krisenfall, der sich bereits am 4. Dezember 1989 selbst gerichtet hatte, als Bürgerrechtsgruppen Einlass in die Gebäude der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit forderten. 1990 hat sich Hans-Jürgen Salier aus der „offiziellen Philatelie zurückgezogen“: Dieser Schritt erfolgte nach der Gründung eines eigenen Verlags Frankenschwelle GmbH & Co KG (Hildburghausen), seinem Engagement in der Kommunalpolitik seiner Heimatstadt³⁴ und der intensiven Tätigkeit als Autor sowie einem ins Trudeln geratenen Buchprojekts mit Kurt Karl Doberer († 1993, Nürnberg), das west- und ostdeutsche Briefmarkensammler seit 1985 zusammenbringen sollte und einer klärenden Aussprache mit Michael Adler (Bund Deutscher Philatelisten, Forchheim).

Hans-Jürgen Salier hat seine Erinnerungen in ein Narrativ gekleidet, das seine „Begegnungen mit dem Sozialismus“ in vierzehn Stationen erfasst, die „HJS“ – er verwendet durchgehend seine Initialen als Kürzel – für bildlich gesprochen, markante Grenz- oder Seezeichen, auch Wendepunkte, die Lebensphasen prägen. Sie dokumentieren dem Leser, dass er jeweils Mechanismen durchschaut hat, die ihm an einer Weggabelung signalisiert haben, dass kein „Weiter so“, sondern ein Abbiegen angezeigt ist, das heißt eine konkrete Notwendigkeit vorliegt: „Not schafft Wendigkeit!“ – wie das Beispiel seiner „Trennung von der ungeliebten Volksbildung“ (1987) zeigt. Mit seiner Kündigung und dem Wechsel ins Verlagswesen, von Dritten „ausgehandelt“ als „Delegierung“, versprach sich der 43-jährige Salier „größere Freiheiten in der Unfreiheit“: Beim *sammler express* als Fachzeitschrift rückte Hans-Jürgen Salier vom langjährigen Verfasser von Beiträgen in den Redaktionsbeirat auf (1987/1990), im „exportträchtigsten DDR-Verlag transpress“ als Devisenbringer bekleidete er ab dem 26. Oktober 1987 die Funktion des Lektors³⁵, unterstand dabei Dr. Harald Böttcher (Verlagsleiter) und StS

33 Unter diesem Blickwinkel hat Petra Weber (IfZ München/Berlin) aktuell das wechselvolle und komplexe Verhältnis der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte untersucht. Vgl. Petra Weber: *Getrennt und doch vereint – Deutsch-deutsche Geschichte 1945 – 1989/90*, Berlin: 2020.

34 Am 6. November 1989 ist Hans-Jürgen Salier der LDPD Hildburghausen beigetreten, die 2000 in Bund Freier Demokraten umbenannt wurde. Von 2000 bis 2008 war Salier Kreisrat der CDU. Auch im Jahr 2020 hält er die FDP „für die beste Interessenvertretung der Bürger in Deutschland“, auch nach „Eigentoren, Fehlern, Irritationen und Schwächen“. Vgl. Hans-Jürgen Salier/Bastian Salier: *Es ist Frühling und wir sind so frei*, Hildburghausen 2000.

35 Der Verlag transpress VEB für Verkehrswesen, Philatelie und Numismatik (Berlin-Ost) mit 170 Beschäftigten „am Ende“ – Es hätten 25 bis 30 Mitarbeiter ausgereicht, als zum 30. Juni 1990 „das Programm auf Null gefahren“ wurde.

Dr. Klaus Höpcke (1973–1989), stellvertretender Kulturminister, bei Schriftstellern und Journalisten als „Oberzensor“ bekannt. Salier konnte 1988/89 zwei Dienstreisen mit Messebesuchen und einer Buchpremiere unter den Augen des MfS („liktor“) in den Westen unternehmen, die er auch für Privat- und Hobbykontakte nutzte. Der Eifer der „Organe“ in den Monaten der Agonie der DDR war für Hans-Jürgen Salier der Beweis dafür, dass beim MfS wegen fehlender Weisung „von oben“ nicht nur die Nerven blank lagen: „Man“ war nicht nur irritiert, sondern auch paralysiert, weil auch die SED als „DDR-Herrscher Angst hatten“. Sie kapitulierten am 9. Oktober 1989 um 18.35 Uhr vor der „Kerzenlichtrevolution“ am Altstadtring in Leipzig. Horst Sindermann (SED, Volkskammerpräsident) hat mit seiner Aussage, die Staatsmacht habe „mit allem gerechnet habe, nur nicht mit Kerzen und Gebeten“ unfreiwillig die Kernparole der Gewaltfreiheit der „Friedlichen Revolution“ bestätigt. Hans-Jürgen Salier distanziert sich von dem Begriff „Wende“ zur Bezeichnung der inneren Ereignisse in der DDR 1989/90, da es sich dabei um eine Wortschöpfung von Egon Krenz (* 1937, letzter Generalsekretär der SED) handelt, einem der „fürchterlichsten und peinlichsten Genossen der DDR-Geschichte“. Dieses „Narrativ“, öffentlich erwähnt im *ND* vom 20. Oktober 1989 wirkt bis heute meinungsbildend. Salier lobt im Gegenzug „Unsere Menschen mit ihrer großartigen Disziplin sind bewundernswert!“ und tadelt die ehemalige DDR als „riesengroßen biografischen Waschsalon“, von dem weit mehr Parteigenossen profitierten als von den „Persilschein-Aktionen“ (nach 1945). Zudem verweist er auf seine Rede im Rahmen des Hildburghäuser Friedensgebets am 7. Dezember 1989.³⁶

Nicht unerwähnt bleiben soll Hans-Jürgen Saliers Begegnung auf der Leipziger Buchmesse (2003) mit Markus Johannes [Mischa] Wolf (1923–2006), Leiter der DDR-Auslandsspionage (HV A, Generaloberst, Rücktritt 1986), der „Mann ohne Gesicht“, den Salier als „klüger als seine proletarischen Spießgesellen“ einschätzt, aber seinen Auftritt als Buchautor kritisiert, vor allem die „Meinungsmanipulation durch die bekannte Feindbildpflege“³⁷. Markus Wolf hatte nach seinem Abgang als Stellvertreter Erich Mielkes (1907–2000; Minister für Staatssicherheit 1955/57–1989) versucht, mit einer neu aufgestellten SED in der DDR politisch zu überleben.³⁸

Hans-Jürgen Salier schließt seinen Band mit Bemerkungen zur Friedlichen Revolution 1989 und ihren politischen Folgen für den Landkreis Hildburghausen „statt eines Nachwortes“³⁹ ab. Er zieht darin Bilanz seines politischen Engagements seit den Septembertagen 1989 (Aufrufe des Neuen Forums) bis zur Besetzung der Dienststellen des MfS am 5. Dezember 1989 als der „spannendsten und glücklichsten Zeit“ seines Lebens, die Zeit als Kreisrat der FDP (1990–2000) und der CDU (2000–2008), in der er „Demokratie mitgestaltet“, ein Lebensabschnitt mit Ergebnissen, auf die er stolz sei. Er verweist dabei auf zwei Publikationen: den Erfahrungsbericht des Pastors Bernd Winkelmann (Bischofrod) über das „Wirken christlicher Basisgruppen“ (im ehemaligen Bezirk Suhl), der vom o.e. MfS-Generalmajor Gerhard Lange als der „gefährlichste Bürger des Be-

36 Vgl. Hans-Jürgen Salier, hier: Anm. 1, S. 193–199 – Auf Augenhöhe mit dem Autor hielt Hans-Hermann Langguth, Redakteur des Freien Worts, ab 1991 stellvertretender Chefredakteur (Suhl) und 1. stellvertretender Bundessprecher von Bündnis90/Die Grünen (2002–2005) seine Rede unter klarer Distanzierung von der SED-Diktatur.

37 Vgl. Hans-Jürgen Salier, hier S. 231–237. Vgl. Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg, München 2002, S. 455.

38 Vgl. Markus Wolf: Die Troika, Berlin 1989. Er hielt bis zuletzt an der Legendenbildung eines MfS-Komplexes als „Botschafter des Friedens“ fest. Die Negativbezeichnungen „Spione“ oder „Verräter“ waren in seinem Vokabular nur den „Feinden“ (in der DDR und vor allem „im Westen“) zugeordnet.

39 Hans-Jürgen Salier, vgl. hier Anm. 1, S. 238–246: Auszug aus der Rede des Autors als ehemaliger Kreisrat am 24. November 2009.

zirks Suhl“ bezeichnet wurde und den reich mit Bildquellen ausgestatteten Band „Grenzerfahrungen kompakt“, in dem die deutsch-deutsche Grenze zwischen Thüringen, Hessen und Bayern als „Geschichte eines Verbrechens“ dokumentiert⁴⁰ ist. Hildburghausen, das Heldburger Land mit Bad Colberg weist Orte zwischen Eicha/ Trappstadt und Rottenbach/Eisfeld auf, die Hans-Jürgen Salier als Regionalhistoriker und Kommunalpolitiker als Beispiele naheliegen, um die Entwicklung diesseits und jenseits des „Eisernen Vorhangs“ zu erklären. Exemplarisch sei an die Zwangsaussiedlung aus der Fünf-Kilometer-Sperrzone erinnert: Im Raum Hildburghausen richtete sich die Maßnahme vor dem 8. Juni 1952 (Aktion „Ungeziefer“) gegen 80 Familien mit 312 Personen, am 2./3. Oktober 1961 (Aktion „Blümchen“, betroffen im MfS-Bezirk Suhl 561 Personen, davon 184 Minderjährige) und von dem in Hildburghausen unterschriebenen Befehl vom 11. August 1978 (Werner Asmuhs), das Dorf Bilmuthshausen (ca. 1340) zwischen dem 15. September und dem 31. Oktober 1978 endgültig plattzumachen: „Grenzmaßnahme vollzogen: 04.12.1978“.⁴¹

Mit seinen Erinnerungen „Im Land der Anderen“ hat Hans-Jürgen Salier am 7. Dezember 1989 ein Zitat von Stefan Heym aufgegriffen: „Das ganze verkrustete Gefüge dieses Staates ist aufgebrochen, der Putz zerbröckelt – und es stellte sich heraus, wie wenig Solides darunter lag“. Dem Band liegen individuelle Erfahrungen aus seinen Begegnungen im Privat- und Berufsleben zugrunde, deren Weitergabe als pars pro toto geeignet sind, die Bildungs- und Erziehungsarbeit an den Fakten orientiert zu unterstützen. Saliers Erzählung führt exemplarisch zum Kern der geschichtlichen Entwicklung im Nachkriegsdeutschland auf der Basis des Auftrags in der Präambel des Grundgesetzes, die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit zu vollenden. Er betont sein Anliegen, seinen Enkeln und jedem Leser auch anhand eines Glossars zu vermitteln, wie wichtig es ist, die Mechanismen einer Diktatur zu erkennen, um sich selbst in die Lage zu versetzen, etwas „zur Überwindung dieser Diktatur beizutragen“. Er ist „kein Gefälligkeitschreiber“, da „menschenverachtende Ideologien das Übel allen Menschseins, Krebsgeschwüre des Geistes sind“. Deshalb ist Hans-Jürgen Salier ein „entschiedener Gegner der Schließung der Stasiakten“, um einer „dämmlichen Geschichtsvergessenheit entgegenwirken zu können“. Er betont für 1989/90 („zwischen den Zeiten“), warum die Bürgerrechtler Disziplin wahren mussten – „Anarchie konnten wir uns auf keinen Fall leisten“.

40 Reinhold Albert/Hans-Jürgen Salier: Grenzerfahrungen kompakt – Das Grenzregime zwischen Südthüringen und Bayern/Hessen von 1945 bis 1990, Hildburghausen/Leipzig 2009. Reinhold Albert aus Sternberg bei Bad Königshofen (* 1953) hat als Beamter der Bayerischen Grenzpolizei an der innerdeutschen Grenze zwischen Hochrhön und Grabfeldgau von 1977 bis 1990 gearbeitet. Seit Kindesbeinen kennt er das Leben an der Grenze und zählt zu den „wenigen Zeitzeugen, die den krassen, nicht wiederholbaren Wandel“ aus der Sicht des Regionalhistorikers und des Volkskundlers in Wort und Bild für die Nachwelt festgehalten haben (Reinhard Worschech, 1992). Die Daten der Grenzöffnungen sind in diesem Gemeinschaftswerk auf S. 417–425 aufgelistet.

41 Vgl. Norbert Fuchs: Bilmuthshausen – das verurteilte Dorf, Hildburghausen 1991, S. 26. Es waren vier Bürger des Grenzkreises, darunter Hans-Jürgen Salier, deren erfolgreiche Bemühungen um Errichtung einer Gedenkkapelle (1994) auf dem Friedhof mit der Einweihung am 2. November 1999 abgeschlossen werden konnten.